



Europa am Scheideweg



von **Markus Ferber, MdEP**
Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern e.V.

Ständig vom Begriff der "Krise" – der Schuldenkrise, Legitimitäts-Krise, Erweiterungs-Krise und Schengen-Krise in Bezug auf die EU zu hören – löst beim Bürger Verwirrung und ein wachsendes Misstrauen aus. Europa durchlebt zurzeit eine entscheidende Phase und zwingt uns, den Mut zu haben Antworten, zu geben auf die Fragen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger. Sonst laufen wir Gefahr, dass die Krise das Einzige bleibt, was die Europäer in wachsendem Widerwillen verbindet. Und angesichts der täglichen Schlagzeilen von Börsencrash und Eurokrise vergisst man leider sehr schnell, wie wir von Europa und der europäischen Integration profitieren.

Die Krise trifft den Kern des europäischen Projekts. Denn eine florierende und wettbewerbsfähige wirtschaftliche Entwicklung Europas ist ohne eine funktionierende Währung auf langfristige Sicht nicht denkbar. Es muss jetzt allen Beteiligten klar sein, dass mittlerweile nicht nur die Zukunft unserer Währung, sondern das Schicksal der europäischen Integration auf der Kippe steht, denn die Krise erschütterte auch in hohem Maße das Vertrauen in eine funktionierende Europäische Union. Heute ist der Euro zum Krisenmoment geworden, der den Zusammenhalt der EU gefährdet. Nach der vorläufigen Rettung des größten Sorgenkinds Griechenland rückten verstärkt auch andere Länder wie Portugal, Spanien, Zypern und Italien ins Blickfeld.

Doch nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt die EU vor Herausforderungen. In der Schengen-Debatte droht die Gefahr, eines der größten Erfolge der europäischen Integration, unser Europa ohne Grenzen und grenzenloser Reisefreiheit, aufs Spiel zu setzen. Gerade in der tiefsten Krise der europäischen Geschichte unsere offenen

Grenzen in Frage zu stellen und Grenzkontrollen wieder einführen zu wollen, ist das absolut falsche Signal. Denn offene Grenzen sind das Symbol für ein freies und bürgernahes Europa. Die Einschränkung der Reise-Freiheit im Schengen-Raum, wie sie die EU-Innenminister wieder wollen, wäre ein Rückschritt für Europa. Bereits überwunden geglaubte Grenzen würden damit innerhalb Europa wieder errichtet.

Das europäische Haus darf nicht einfach Schritt für Schritt, indem wir unsere gemeinsame Währung und unsere europäische Reisefreiheit in Frage stellen, zurückgebaut werden. Denn es war nicht die Europäische Integration die Europa an den Rand des Abgrunds geführt hat, sondern das Verhalten der Mitgliedsstaaten, zu wenig europäische Zusammenarbeit und das Nichteinhalten der gemeinsamen Spielregeln. Gerade deswegen dürfen wir jetzt nicht die Gemeinschaftsmethode in Frage stellen und zurückfallen in den Intergouvernementalismus längst vergangener Tage. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das Europa, in dem Entscheidungen in Hinterzimmern zwischen EU-Ministern ausgehandelt werden – bei denen kein vom Volk gewähltes Parlament, weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene beteiligt ist – längst gescheitert ist. Wir wollen ein Europa der Bürger, nicht der Beamten. Nur damit fördern wir die Akzeptanz Europas in den Mitgliedstaaten, alles andere gefährdet Solidarität und Zusammengehörigkeit und birgt die Gefahr der Renationalisierung und der Fragmentierung.

Die institutionelle Entwicklung der EU wurde seit ihrem Bestehen durch mehrere historische Weichenstellungen und entscheidende Impulse, auch mit erheblich divergierenden Vorstellungen über einen möglichen Endzustand, geprägt. So gilt der schrittweise, aber bewusst nicht zielgerichtete Auf- und

Ausbau der EU sogar als wesentliches Charakteristikum der europäischen Konstruktion. Jetzt stehen wir wieder an einer entscheidenden Weichenstellung. Eine Reihe von Ideen und Vorschläge für Instrumente liegt auf dem Tisch: Bankenunion, Fiskalunion, Politische Union, Eurobonds, Eurobills, Schuldentilgungsfonds, Wachstumsfonds.

Die Krise führt uns deutlich vor Augen, dass die intergouvernementale Zusammenarbeit eben nicht ausreicht, um Europa aus dieser Krise herauszuholen. Die Weiterentwicklung der EU hin zu einer Politischen Union ist die einzige Antwort, um die Konstruktionsfehler der Euro-Zone und der europäischen Integration zu beseitigen. Dies funktioniert nur durch eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Neugestaltung der EU muss sinnvollerweise in zwei Phasen ablaufen: Zunächst muss die Euro-Zone in eine „Stabilitätsunion“ umgewandelt werden, in der Defizitsünder künftig härter bestraft werden können. Erst wenn die „Stabilitätsunion“ in trockenen Tüchern und der EU-Vertrag von Lissabon entsprechend geändert ist, kann man sich an den nächsten Schritt einer „Politischen Union“ annähern. Mehr Macht für Brüssel darf nicht als Schreckensgespenst benutzt werden. Die Aufgabe bestimmter nationalstaatlicher Gestaltungsmacht wird am Ende ihren Preis wert sein, wenn – wie es mit der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes schon heute vorgesehen ist – Europa die Kontrolle der gemeinsam verabredeten Ziele übernimmt.

Der Auf- und Ausbau dieser Politischen Union darf keine Frustration auslösen. Ängste, Bedenken und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger müssen ernst genommen und durch Antworten auf ihre Fragen ausgeräumt werden. Sonst droht, dass sich gerade die jungen Menschen der krisengeschüttelten Län-

Inhalt:

Europa am Scheideweg <i>von Markus Ferber, MdEP</i>	S. 1
Günther Oettinger als Festredner auf der Landesversammlung 2012	S. 2
Für eine politische Union in einem föderal verfassten Europa <i>Gemeinsamer Aufruf der Europa-Union (D) und des Movimento Federalista Europeo (I)</i>	S. 3
Programmwurf des Bundesverbandes - „Düsseldorfer Thesen“	S. 4
Junge Europäer Bayern	S. 5
Aus den Gliederungen	ab S. 6
Hinweise in eigener Sache – Impressum	S. 8

der in Hoffnungslosigkeit verlieren. Die Gefahr wächst, dass aus ihrer Verzweiflung politische Radikalisierung wächst und dass sie sich von diesem Europa abwenden. Europa, das bedeutet für sie nicht mehr Reisefreiheit, gleiche demokratische Rechte oder freie Arbeitsplatzwahl, sondern Verschlechterung der Lebensverhältnisse, Verlust der Arbeit, Perspektivlosigkeit. Europa darf nicht zum Symbol für Perspektivlosigkeit werden, sondern muss wieder Sicherheit und Vertrauen schaffen.

Die Europa-Union leistet schon seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag, um für Europa seine Vorteile und seine wunderbaren Errungenschaften zu werben. Auch in Zukunft wird die Arbeit der Europa-Union ein zentraler Schlüssel sein, um das Verständnis für Europa zu fördern und Europa auch in der Krise den Menschen zu erklären. ★

Die Ursachen der europäischen Krise sind bereits in Maastricht angelegt

von **Walter Brinkmann**

Zweifellos ist das europäische Projekt in einer tiefen Krise. Während Politiker und Experten um Lösungen für die Staatsschuldenkrise ringen, werden allerorten nationalistische Töne laut; es gibt Forderungen nach der Rückkehr zu D-Mark, Drachme, Gulden etc. Hierbei werden selten die Konsequenzen einer Renationalisierung beschrieben – oder diese werden beschönigt nach dem Motto: „das wird uns für 5 – 10 Jahre einige Probleme bereiten, aber die deutsche Wirtschaft ist stark genug, das durchzustehen“. Tatsächlich wären diese Auswirkungen unkalkulierbar und sehr wahrscheinlich schlimmer und teurer als die schmerzhaften Reformen und kostspieligen Rettungsaktionen, welche allen europäischen Staaten – nicht nur den Mitgliedern der Euro-Zone – bevorstehen (und übrigens auch u.a. den USA und Japan, die nicht besser dastehen).

Eine wesentliche Ursache der heutigen Krise liegt in den Versäumnissen des Maastrichter Vertrages von 1993: weder wurden damals die europäischen Institutionen in ihrer Struktur auf die Erweiterung vorbereitet noch die notwendigen institutionellen Voraussetzungen für eine gemeinsame Währung geschaffen. Dem Stabilitäts- (und Wachstums-) pakt (Dublin 1996 / Amsterdam 1997) fehlten die Zähne (strikte gemeinsame Regeln und Kontroll- und Sanktionsmechanismen, insbesondere ein automatisches Defizitverfahren), die Euro-Länder davon abhalten, selbst in guten konjunkturellen Zeiten weiter Schulden aufzutürmen statt

ihre Haushalte zu sanieren. Man ging davon aus, dass durch den Euro die Wirtschaften der einzelnen teilnehmenden Länder automatisch konvergieren würden. Die Realität war anders. Risikounterschiede zwischen den Euro-Staaten spiegelten sich nicht im Markt für Staatsanleihen wieder, sondern die Zinssätze näherten sich dem niedrigen Niveau in Deutschland, den Niederlanden etc. an (der Markt ging davon aus, dass die ‚no-bail-out‘ Klausel nicht eingehalten würde). Zugleich versagte die staatliche Aufsicht sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene. Mit ihrem Vertragsbruch von 2002/03 versetzten schließlich Deutschland und Frankreich unter Schröder und Chirac dem Stabilitäts- und Wachstumspakt den Todesstoß.

Was vor 20 Jahren in den Verhandlungen für den Vertrag von Maastricht versäumt wurde, versuchen die europäischen Institutionen heute im Hauruckverfahren nachzuholen: eine gemeinsame, verbindlich abgestimmte Wirtschaft-, Finanz- und Haushaltspolitik, die mittelfristig zu einer europäischen politischen Union führt mit einem mit allen Rechten ausgestatteten Europäischen Parlament und einer Kommission, die die Funktion einer Regierung wahrnimmt. In einem solchen Kraftakt ist es natürlich schwer, die Bürger ‚mitzunehmen‘; aber es muss gelingen! Die politisch Verantwortlichen (und hier kann die Europa-Union einen kleinen Beitrag leisten) müssen den Bürgern erklären, dass die Alternative zu einem vereinten Europa eine Ansammlung von Klein- und Mittelstaaten ist, die in der Welt nicht mehr Gehör finden. Das können und dürfen wir nicht wollen! ★

Ein starkes und einiges Europa: Garant unserer Zukunft!

Bericht von der 61. Landesversammlung der Europa-Union Bayern in Memmingen

von **Anton Freiherr von Cetto**

Unter dem Motto „Ein starkes und einiges Europa: Garant unserer Zukunft“, fand die 61. Landesversammlung in Memmingen statt.

Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger begrüßte namens der Stadt Memmingen die Delegierten und Gäste der Europa-Union. Neben den verbandspolitischen Regularien fand ein Bürgerforum „Der EURO – Wege aus der Krise“ statt, welches von Helmut Kustermann (Memminger Zeitung) moderiert wurde.

Der Landesvorsitzende Markus Ferber, MdEP, stellte in der Diskussion fest, dass

das europäische Kind im Brunnen liege und es unsere Aufgabe als überzeugte Europäer sei, es wieder heraus zu holen. Aus Fehlern bei der Aufnahme Griechenlands habe man gelernt, so Ferber, und die soziale Marktwirtschaft sei ein „europäisches Markenzeichen“, das wir in unserem eigenen Interesse deutlicher herausarbeiten müssten.

Christine Kamm, MdL, Bündnis 90/Die Grünen, forderte weitere Regulierungen des Finanzmarktes, mehr Transparenz bei Finanzprodukten und gab eine bessere Akzeptanz der EU als Ziel vor.

Oberbürgermeister Dr. Holzinger, SPD, sah den demographischen Wandel und wachsenden Migrationsdruck als eine Herausforderung für die Europäische Union, prognostizierte eine Stärkung der Wirtschaftsunion und bezeichnete eine Angleichung sozialer Standards als zentrale Aufgabe.

In zwei Arbeitskreisen wurde über das neue Grundsatzprogramm sowie über eine bessere Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes diskutiert.

Als Hauptredner zur Landesversammlung konnte der Landesvorsitzende erstmals seit 20 Jahren wieder ein Mitglied der Europäischen Kommission gewinnen. Günther Oettinger referierte zum Thema „Wirtschaft – Währung – Energie: Herausforderung für Europa“ und stand anschließend für Fragen zur Verfügung. ★

Günther Oettinger als Festredner auf der 61. Landesversammlung der Europa-Union in Memmingen

von **Walter Brinkmann**

„Eigentlich könnten sich doch Bayern und Baden-Württemberg zusammenschließen und einen unabhängigen Staat gründen. Mit geballter Wirtschaftskraft wären die beiden Südländer sicher doch noch erfolgreicher – Oder?“

Mit diesem provozierenden Einstieg erlangte Günther Oettinger die gespannte Aufmerksamkeit seines Publikums aus Freunden Europas, die sich zur Landesversammlung 2012 in Memmingen versammelt hatten.

Oettinger erinnerte daran, dass kurz nach dem schrecklichen Krieg, vor nunmehr 62 Jahren eine Gruppe europäischer Politiker um Robert Schuman so weitsichtig war, einige Länder, die kurz zuvor noch Kriegsgegner waren, zusammenzubringen, um die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion) zu gründen... und Deutschland durfte Gründungsmitglied sein!

Damals stand die Friedenssicherung im Zentrum des Europäischen Projekts. Heute sind neben diesem Grund, der von vielen Menschen als gesichert gilt, andere Gründe für ein vereintes Europa in den Vordergrund getreten. Die EU ist heute eine Wertegemeinschaft, sie liefert auch das Fundament für den ökonomischen und sozialen Fortschritt seiner Mitglieder.

Wer klug sei, müsse die europäische Integration stärken, so Oettinger; denn Deutschland sei der größte Nutznießer der EU. Deutschland lebt vom Export; 45% der Industrie-Arbeitsplätze sind von Exporten in die EU abhängig und nur 30% vom Inland. In wenigen Jahren werden die Einwohner Deutschlands nur 1% der Weltbevölkerung ausmachen. Nur über die EU sei es uns möglich, außenpolitischen Einfluss auszuüben und bei der Gestaltung der Welt für unsere Kinder mitzuwirken und künftige Standards, Normen und Werte zu setzen. Es gehe darum, ob die Welt von morgen von den G2 oder den G3 gestaltet werde: von China und den USA, oder von China, den USA und Europa. Die Bevölkerung der EU entspricht heute noch 1/3 der Menschen in China, 1/4 der Einwohnerzahl von Indien. Die Europäer müssten jetzt gemeinsam auftreten; in 15 Jahren sei es zu spät.

Statt zusammen zu wachsen, sieht Oettinger die EU zum ersten Mal seit Ihrer Gründung in Gefahr. An den Finanzmärkten steht der Euro im Fokus statt des Dollar oder des Yen, obwohl die USA und Japan ebenso schlecht oder zum Teil noch schlechter dastehen. Auch die wichtige Errungenschaft der Freizügigkeit (Schengen-Abkommen) wird teilweise in Frage gestellt. Darüber hinaus sieht Oettinger in dem vermehrten Rückgriff auf die intergouvernementale Rechtssetzung durch den Rat an Europäischem Parlament und Europäischer Kommission vorbei statt der durch die Gemeinschaftsmethode, welche diese Institutionen einbezieht, einen gefährlichen Rückschritt. Ein realistischer Blick auf die Bedeutung Europas ergebe sich durch einen Perspektivenwechsel: Auf einer Weltkarte, wie wir sie gewohnt sind, liegt Europa im Zentrum der Welt. Im Büro eines chinesischen Entscheiders aber zeige die Weltkarte Europa als kleines Anhängsel ganz oben links am Rande einer riesigen Landmasse.

Es werde einen friedlichen aber knallharten Wettbewerb geben, wenn über die Grundlagen der Welt von morgen entschieden wird. Nur gemeinsam könnten die Länder Europas dabei ihre Interessen einbringen.

Als Beispiel für eine erfolgreiche gemeinsame Industriepolitik nannte er die EADS – ohne Airbus gäbe es nur Boeing als Monopolisten auf dem Markt für große Verkehrsflugzeuge. Ähnlich wie im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie müsse Europa auch zusammenarbeiten, wenn es zum Beispiel um die Standardisierung für Elektroautos geht. Ohne eine europäische Einigung jedoch werde der Standard chinesisch sein.



Markus Ferber, MdEP, mit Energiekommissar Günther Oettinger

Die Forderung „Griechenland raus“ wies Oettinger zurück. Wenn wir die Herausforderungen im Zusammenhang mit Griechenland im EU-Team nicht meistern könnten, verlore die EU an Autorität. Die Schulden Griechenlands betragen nur einen sehr geringen Teil der Gesamtschulden der Länder der EU. „Wenn wir dieses Problem nicht lösen, wer traut uns dann noch die Lösung größerer Probleme zu?“ fragte Oettinger. Er forderte eine solidarische Partnerschaft mit Griechenland.

Im Übrigen sollte uns bewusst sein, dass Deutschland sich bei der Staatsverschuldung im Mittelfeld der Euro-Länder befinde. Statt zufrieden auf die zu zeigen, die noch höhere Schulden hätten, sollten wir uns an denen mit niedrigeren Schulden orientieren. Deutschland lebe seit Jahren über seine Verhältnisse. Er warf seiner Generation, die im Saal stark vertreten war, zwei große Fehler vor: mehr ausgegeben als erwirtschaftet und zu wenig Kinder gezeugt zu haben. Zusammenfassend stellte er fest, dass Europa unsere „notwendige Betriebsgröße“ sei, um in der Welt gehört zu werden. Der Friede schiene garantiert zu sein, nicht aber unsere Wettbewerbsfähigkeit - daran müssten wir arbeiten.

Seine Einschätzung für Europas Zukunft umriss Oettinger wie folgt: „Wir bleiben multikulturell, leben miteinander in Vielfalt, helfen den anderen, wenn in Not. So ist Europa unsere Zukunft.“

In der anschließenden Diskussion ging Oettinger auch auf die Energiewende in

Deutschland ein. „Sie war ein Alleingang Deutschlands“ stellte Oettinger fest – ein Alleingang mit starken Auswirkungen auf andere europäische Länder, die davon überrascht wurden. Es sei einfach, AKWs abzuschalten, aber die sich daraus ergebenden Elektrizitätslücke zu schließen sei eine schwierigere Aufgabe. „Die Kompetenz ist vorhanden, und es ist eine große Herausforderung, diese Wende im vorgesehenen Zeitrahmen umzusetzen“ sagte Oettinger, denn der Widerstand der Bürger gegen Stromleitungen, die gebaut werden müssten, sei ebenso groß wie der gegen neue Kohlekraftwerke, weitere 200 Meter hohe Windräder oder Speicherstauseen. „Elektrizität kann man nicht speichern wie Öl, Gas, Kohle oder Trollinger“ sagte Oettinger und verriet damit seine engere landsmannschaftliche Herkunft.

Deutschland habe nur Speicherkapazitäten für 24 Minuten Elektrizität, aber für Wochen bzw. Monate für Öl und Gas und im Falle Kohle sogar für Jahre; darüber und über die sich daraus ergebenden Konsequenzen würde zu wenig in Deutschland gesprochen. Der Landesvorsitzende, Markus Ferber, MdEP, dankte Oettinger für seine mitreißende Rede und die Bereitschaft zur Diskussion. Von der Versammlung wurde er mit einer ‚standing ovation‘ verabschiedet. ★



Gemeinsamer Aufruf der Europa-Union Deutschland und des Movimento Federalista Europeo Italien

FÜR EINE POLITISCHE UNION IN EINEM FÖDERAL VERFASSTEN EUROPA!

Die Fundamente der Einheit Europas und der Solidarität unter den europäischen Völkern sind erschüttert. Europas Zukunft hängt in der Schwebe. Die Politik muss die richtigen Wege und Instrumente finden, um sofort zu handeln.

Der gegenwärtige intergouvernementale Ansatz, die Krise mit kurzfristigen Maßnahmen zu bewältigen, ist gescheitert. Ohne größere gesamteuropäische Wachstums- und Entwicklungsimpulse werden die Opfer, die auf nationaler Ebene notwendig sind, um die Schuldenkrise zu überwinden, weder ausreichen, das Vertrauen der europäischen Bürger zurückzugewinnen, noch das der

Märkte und der übrigen Welt. Ebenso wenig möglich ist es, weiter die grundlegende Frage der demokratischen Legitimität der europäischen Organe und die Herausforderungen der Globalisierung zu umgehen.

Aus diesen Gründen fordern wir:

1. eine neue politische Initiative von Seiten der Eurogruppenländer, um den Grundstein zur Schaffung einer europäischen Föderation durch ein demokratisches und verfassungsgebendes Verfahren zu legen: es muss deutlich werden, dass das europäische politische Projekt weiter voranschreiten und seine demokratische Legitimität gestärkt werden kann, während gleichzeitig die gegenwärtige Schulden- und Vertrauenskrise überwunden wird;

2. die Stärkung der politischen Einheit beginnend mit der Eurogruppe und allen Ländern, die eine größere Einheit anstreben, bei gleichzeitiger Suche nach besseren und effektiveren Wegen, eine demokratische, transparente und effektive Entscheidungsfindung auf politischer, ökonomischer und fiskalischer Ebene zu gewährleisten;

3. In Anbetracht der Tatsache, dass sich die gegenwärtige Tendenz, mit intergouvernementalen Methoden auf die Krise zu reagieren, als zu kurzfristig erwiesen hat und von einer Renationalisierungswelle begleitet wurde, benötigen wir nicht nur eine Neubelebung der Gemeinschaftsmethode, sondern müssen darüber hinausgehen, indem wir eine föderale politische Union vorantreiben. Die Summe der nationalen Interessen ergibt nicht den besten Ansatz für die EU und steht im Widerspruch zum Wesen der europäischen Integration, wie sie sich die europäischen Gründungsväter wie Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer vorgestellt hatten.

4. einen Aufruf des Europäischen Parlaments an die nationalen Regierungen und Parlamente, einen neuen verfassungsgebenden Konvent einzuberufen;

5. die Einberufung eines verfassungsgebenden Konvents, welcher sich aus Abgeordneten und Vertretern der Zivilgesellschaft, die von den Bürgern auf nationaler und europäischer Ebene gewählt werden, sowie aus Vertretern der Regierungen und der Europäischen Kommission zusammensetzt, der nationale Vetos überwindet und über das Mandat verfügt, eine föderale Verfassung zu entwerfen;

6. die verfassungsmäßige Aufnahme von

Maßnahmen über eine differenzierte Integration, welche den Staaten genügend Zeit gewährt, sich an die verschiedenen Stufen einer vertieften europäischen Integration anzupassen, und die es ihnen ermöglicht, sich zusammenschließen und voran zu gehen oder aber zurückzubleiben, um sich für eine spätere Integration besser vorbereiten zu können.

Die Europäischen Föderalisten in Deutschland und Italien appellieren an die Verantwortlichen in den nationalen und europäischen Institutionen, in den Parteien, politischen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, diese Initiative zu unterstützen! ★

Programmwurf für die Europa-Union Deutschland: „Die Düsseldorfer Thesen“ (Vorschlag der Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg)

Unser Ziel ist eine föderale Europäische Union.

Wir Bürgerinnen und Bürger Europas sind in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Gemeinsam gestalten wir unsere Zukunft. Die Gründergeneration hat Großes geleistet: Ihr verdanken wir die Versöhnung der Völker, die Überwindung der Grenzen, sozialen Zusammenhalt sowie wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung. Heute ist die Europäische Union eine Werte- und Rechtsgemeinschaft mit gemeinschaftlichen politischen Institutionen. In weiteren Staaten stärkt die Perspektive der Mitgliedschaft Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Einigung Europas ist jedoch noch nicht vollendet und die Gefahr von Rückschritten besteht. Auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gibt es nur eine Antwort: Mehr Europa!

Die folgenden Thesen der Europa-Union Deutschland bauen auf dem Hertensteiner Programm von 1946 auf und ergänzen dieses. Sie sind unsere Vision für das Europa des 21. Jahrhunderts. Gestern wie heute gilt: In der Einigung Europas liegt unsere Zukunft!

A Ziel der europäischen Einigung

1. Nur geeint sind die Staaten Europas in der Lage, Frieden und Freiheit, Stabilität, Wohlstand und soziale Sicherheit, eine lebenswerte Umwelt, Demokratie und Menschenrechte zu garantieren. Ein vereintes Europa ist unverzichtbare Voraussetzung für die Bewältigung globaler Herausforderungen.

B Die Europäische Union – eine Wertegemeinschaft

2. Die Europäische Union ist gegründet auf die in der Menschenrechtskonvention und der Europäischen Charta der Grundrechte niedergelegten Werte, zu denen vor allem die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen gehören.

3. Das Handeln der Europäischen Union dient dem Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell muss verteidigt und weiterentwickelt werden. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben die Verpflichtung, in einem solidarischen Geist Gerechtigkeit, die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Wohlstand für alle zu schaffen. In ihren Politiken fördern sie den sozialen Ausgleich und orientieren sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

4. Eine europäische Öffentlichkeit gehört zu den Voraussetzungen für die Verwirklichung einer europäischen Demokratie. Der politische Entscheidungsprozess der Europäischen Union ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Transparenz und bietet allen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Organisationen vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung.

5. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der schonende, effiziente und nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind für das Handeln der Europäischen Union und das ihrer Mitglieder bestimmend. Die Rohstoff- und Energieabhängigkeit Europas zwingt zu einem gemeinsamen Vorgehen.

6. Die europäische Kultur in ihrer Vielfalt ist der Reichtum Europas und der europäischen Identität. Diese kulturelle Vielfalt muss geschützt und gefördert werden genauso wie die gemeinsame europäische Kultur im Bewusstsein der Menschen verankert werden sollte.

C Struktur der Europäischen Union

7. Als demokratisch-rechtsstaatlicher Bundesstaat vertritt die Europäische Union die gemeinsamen Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas und ihrer Mitgliedstaaten nach innen und außen. Von ihr werden die Aufgaben partnerschaftlich und bürgernah von der kommunalen, regionalen, mitgliedstaatlichen oder der europäischen Ebene wahrgenommen. Die jeweils übergeordnete Ebene sollte daher nur solche Zuständigkeiten haben, die andere nachgelagerte Ebenen nicht alleine ausüben können, ohne dem allgemeinen Interesse zu schaden.

8. Die Europäische Union beruht auf der repräsentativen Demokratie. Das demokratisch gewählte Europäische Parlament bildet den Kern der europäischen Ordnung und

der Gewaltenteilung. Die direkte Wahl des Europäischen Parlaments auf der Grundlage eines einheitlichen europäischen Wahlrechts ist Ausdruck des politischen Zusammenwachsens. Das Europäische Parlament wählt die europäische Regierung, hat ein Initiativrecht und beschließt gleichberechtigt mit der Staatenkammer, dem Rat, über Einnahmen und Ausgaben sowie alle europäischen Gesetze. Die Europäische Union verfügt über einen entsprechend ausgestatteten Haushalt und eigene Steuereinnahmen.

9. Die politischen Parteien finden sich zu europäischen Parteien mit individuellen Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten ihrer Mitglieder zusammen und schlagen Spitzenkandidaten und -kandidatinnen für die europäischen Institutionen vor. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben im Wohnsitzland - über die Möglichkeit der Beteiligung an Europa- und Kommunalwahlen hinaus - das Wahlrecht zu allen Parlamenten und Vertretungen, von deren Entscheidungen sie direkt betroffen sind.

10. Die Europäische Union ist offen für alle europäischen Staaten, die sich zu ihren Werten und Zielen bekennen und diese verwirklichen.

D Kompetenzen der Europäischen Union

11. Die Europäische Union verfügt über den Euro als gemeinsame Währung; ihre Mitgliedstaaten tragen durch eine verbindlich abgestimmte gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik zur Stabilität ihrer gemeinsamen Währung bei.

12. Außen- und Sicherheits- sowie Außenhandelspolitik sind Angelegenheit der Europäischen Union, die ihre Mitglieder mit Sitz und Stimme in internationalen Gremien vertritt. Die Europäische Union führt ihre nationalen Streitkräfte auf europäischer Ebene zusammen und verteidigt ihr Territorium gemeinsam unter einem europäischen Oberbefehl.

Wir, die Mitglieder der Europa-Union Deutschland, sind die überparteiliche und überkonfessionelle bürgerschaftliche Vereinigung der europäisch engagierten Zivilgesellschaft. Wir setzen uns seit 1946 zusammen mit Partnerorganisationen in vielen europäischen Ländern für die Vollendung der bundesstaatlichen Einigung Europas ein. Durch unsere vielfältige Arbeit vor Ort und innereuropäische Kontakte auf verschiedenen Ebenen wollen wir die europäische Idee verbreiten und bei den Bürgern verwurzeln.

Hinweis zum vorliegenden Programm-entwurf:
Der Programmtext wird derzeit innerhalb

unseres Verbandes diskutiert und soll am 27. / 28. Oktober 2012 auf dem 58. Bundeskongress in Düsseldorf verabschiedet werden. Sie sind herzlich dazu eingeladen, an der inhaltlichen Weiterentwicklung des Programmes mitzuarbeiten.

Sollten Sie Anregungen zur Ausgestaltung des Programmes haben, können Sie Ihre Vorschläge jederzeit entweder bei der Landesgeschäftsstelle einreichen oder direkt per E-Mail an Herrn Walter Brinkmann (walter.brinkmann@wb-european-affairs.eu) richten. ★

Europa-Union Bayern fordert zügige Unterzeichnung von ESM und Fiskalpakt

Die Europa-Union Bayern hat auf ihrer Vorstandssitzung am 01.06.2012 das positive Votum der irischen Bevölkerung zum Fiskalpakt begrüßt. Dies sei ein wichtiger Schritt zur weiteren Stabilisierung des EURO und ein ermutigendes Signal für die anderen EU-Staaten.

Jetzt, so der Vorstand der EU Bayern, sei Deutschland am Zug. So fordert die Europa-Union Bayern, dass sowohl der Fiskalpakt als auch der ESM-Rettungsschirm jetzt zügig unterzeichnet werden. Deutschland dürfe nicht nur konzeptionell eine Führungsrolle übernehmen, sondern müsse auch bei der Umsetzung dieser Konzepte mit gutem Beispiel vorangehen, mahnte der Landesvorsitzende Markus Ferber. Dies sei lebenswichtig für die Zukunft des EURO. ★

**Markus Ferber: Keine neuen Schlagbäume an Europas Grenzen!
Europa-Union Bayern gegen Schengen-Pläne der Innenminister**

"Die Reisefreiheit ist eines der größten Errungenschaften der europäischen Integration. Ich warne davor, gerade in der tiefsten Krise der europäischen Geschichte unsere offenen Grenzen in Frage zu stellen und Grenzkontrollen wieder einzuführen", so der Landesvorsitzende der Europa-Union Bayern e.V., Markus Ferber, MdEP.
„Offene Grenzen sind das Symbol für ein freies und bürgernahes Europa. Die Einschränkung der Reise-Freiheit im Schengen-Raum, wie sie die EU-Innenminister wieder wollen, wäre ein Rückschritt für Europa. Bereits überwunden geglaubte Grenzen würden damit an den innereuropäischen Grenzen wieder errichtet.“ „Das europäische Haus darf nicht einfach Schritt für Schritt zurückgebaut werden.“ Ferber betonte, dass es dabei nicht nur um die Frage der

Grenzkontrollen gehe, sondern darum, ob wir wieder zu einem Europa der Beamten zurückkehren, indem wir die Gemeinschaftsmethode in Frage stellen. „Das Europa, in dem Entscheidungen in Hinterzimmern zwischen EU-Ministern ausgehandelt werden, ist gescheitert. Wir wollen ein Europa der Bürger, nicht der Beamten, das kann nur durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments verwirklicht werden“, so der Landesvorsitzende.

Hintergrund:
Mit dem Lissabon-Vertrag ist der Schengen-Raum Gemeinschaftsrecht geworden und damit der Mitentscheidung zwischen dem Ministerrat und dem Parlament unterworfen. Die EU Innenminister hatten kürzlich einen Mechanismus zur Überwachung von Schengen beschlossen, der eine Mitsprache des Europäischen Parlaments ausschließt. Künftig sollen notfalls im Alleingang Grenzen für bis zu zwei Jahre geschlossen werden können. ★

JUNGE EUROPÄER BAYERN

Größter europapolitischer Jugendverband wählt Augsburger Jonas Lang zu neuem Vorsitzenden – scheidender Vorsitzender Matthias Zürl erhält für seine Leistung minutenlangen Applaus

Nach über 50.000 zurückgelegten Kilometern für den Verein verabschiedeten die Jungen Europäer Bayern e.V. im April ihren Landesvorsitzenden Matthias Zürl. Nach vier Jahren an der Spitze des größten überparteilichen europäischen Jugendverbandes in Bayern verzichtete Matthias Zürl auf eine erneute Kandidatur.



**"Für Europa am Ball"
v. l. Markus Ferber MdEP, Jonas Lang und Matthias Zürl**

„Matthias gilt unser ganz besonderer Dank! Er hat für den Verband vier Jahre die Knochen hingehalten und das in keiner einfachen Zeit für den Europäischen Einigungsprozess“, bedankte sich der neue Landesvorsitzende Jonas Lang stellvertretend für die über 1.000 Mitglieder. Alle Teilnehmer der Landesversammlung zollten mit lange andauerndem Applaus Respekt. Daneben ging es bei der zweitägigen Lan-

desversammlung in München natürlich um die Wahl eines neuen Landesvorstands und um die Debatte über ein neues Grundsatzzprogramm. Auch zum Thema ACTA gab es viel zu diskutieren.

Der neue Landesvorsitzende zeigte gleich nach seiner Wahl die Marschrichtung auf. „Wir müssen unser pro-europäisches Bekenntnis noch stärker in die Gesellschaft tragen und Europa konkret vor Ort zum Thema machen. Wir müssen endlich vernünftig über die Zukunft der Europäischen Union sprechen!“ betonte Jonas Lang. Gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen wollte er die Kreisverbände in seiner Amtszeit darin unterstützen. „Ich bin überzeugt davon, dass wir die nächsten zwei Jahre Beachtliches auf die Beine stellen werden“, betont Lang. Die Delegierten waren begeistert. Auch Markus Ferber, Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern, stimmte dem neuen Landesvorsitzenden seiner Jugendorganisation zu. Das ist ein Zeichen der Geschlossenheit im Einsatz für ein geeintes, demokratisches und bürgernahes Europa.

Bei der Debatte des neuen Grundsatzzprogramms lobten die Delegierten mehrheitlich den Ergänzungsentwurf für das bestehende Programm. Das 1946 beschlossene „Hertsteiner-Programm“, bildet mit seinen 10 Thesen bis heute unverändert das Fundament der Verbandsarbeit. ★

Ergebnis der Neuwahlen

Landesvorsitzender:

Jonas Lang (KV Augsburg)

stv. Landesvorsitzende:

Benjamin Bögel (KV Cham), Sebastian Kleinhenz (KV Hammelburg), Matthias Grundler (KV Tirschenreuth) und Simon Sterbenk (KV Eichstätt)

Schatzmeister:

Julian Müller (KV Nürnberg)

Schriftführerin:

Stefanie Kern (KV Augsburg)

AUS DEN GLIEDERUNGEN

BEZIRKSVERBAND OBERBAYERN

KV Bad Tölz-Wolfratshausen

„Bei Nachbarn zu Gast“ - Studienreise 2012 nach Slowenien, Kroatien, Italien und Österreich

Dass das gemeinsame Miteinander in Europa nicht nur durch die gegenseitige Wert-

schätzung der jeweiligen kulturellen Besonderheiten sondern auch durch die oft erstaunliche räumliche Nähe der EU-Mitgliedstaaten besteht, zeigte eine viertägige Studienreise der Europa-Union Bad Tölz-Wolfratshausen. Vom 11. bis 14. Juni besuchten 25 begeisterte „Europäer“ aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen auf Einladung des Kreisverbandes vier europäische Nachbarländer.

Die Busreise führte zunächst nach Ljubljana, der Hauptstadt Sloweniens. Am nächsten Tag ging es weiter zum ältesten Nationalpark Südeuropas, den „Plitvicer Seen“ in Kroatien, ein seit 1979 von der UNESCO anerkanntes Weltkulturerbe.



Über Triest ging die Reise anschließend nach San Daniele im Friaul/Italien. In diesem für seinen Schinken weltbekannten Ort besuchte die Gruppe eine Schinkenfabrik und fuhr weiter nach Udine, der Hauptstadt der Provinz Friaul. Dort erfolgte am Nachmittag, die Besichtigung des Diözesanmuseums mit seiner weltberühmten Bibliothek und den Galerien von J.B. Tiepolo. Am letzten Tag ging es über Villach in Kärnten und Mühlbach am Hochkönig im Salzburger Land zurück in die internationale Flößerstadt Wolfratshausen. ★

KV Rosenheim

Welche Welt hinterlassen wir den nachfolgenden Generationen? - Ausstellung „Kampf gegen den Klimawandel“

Bereits die Eröffnung der Ausstellung „Kampf gegen den Klimawandel“ war ein voller Erfolg. Neben vielen positiven Rückmeldungen war auch der Zulauf an Besuchern und das Interesse der örtlichen Medien beeindruckend.

In der Vorbereitung der Ausstellung hatte der Kreisverband alle Schulen der Stadt Rosenheim eingeladen und ihnen einen Fragebogen überlassen, der im Rahmen eines Ausstellungsbesuchs bearbeitet werden konnte. Unter den teilnehmenden Schulen wurden zudem Gewinne verlost.

Erklärtes Ziel der Initiatorin Heike Maas war es, möglichst viele Jugendliche an das Thema Klimaschutz heranzuführen. Der Stand-

ort der Ausstellung in der Volkshochschule Rosenheim, im Zentrum der Stadt und direkt neben dem Busbahnhof und dem Stadtparkhaus, ermöglichte es zahlreichen interessierten Bürgern die Ausstellung auch spontan zu besichtigen.



Die Eröffnungsveranstaltung mit einem Impulsreferat des Leiters des Klimabüros des Deutschen Wetterdienstes München, Gerhard Hofmann, bot eine gute Einführung und einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklung des Klimas in den vergangenen Jahren. In seinen Ausführungen zeigte der Klimaexperte auf, dass CO₂ der erste Klimakiller ist, dicht gefolgt von Methangas. Die vorgestellten Langzeitberechnungen machten jedem deutlich, dass sich unser Klima dramatisch verändern wird. Das dementsprechende Fazit vieler Besucher war daher: „Wir müssen uns alle auf den Klimawandel einstellen und uns daran anpassen. Die globale Erwärmung ist Realität! Wir müssen daher die Verschwendung unserer wertvollen Ressourcen, von Energie und Wasser sofort stoppen!“ ★

BEZIRKSVERBAND NIEDERBAYERN

Dem Jahrtausendprojekt letzten Schliff geben!

Für den Bezirksvorsitzenden Konrad Kobler, MdL, war es diesmal eine Herkulesaufgabe, einen namhaften Redner für den diesjährigen, 20. Europa-Gipfel im europäischen Haus Schloss Fürstenstein zu gewinnen. Nachdem viele potentielle Kandidaten aus vielerlei Gründen absagen mussten, konnte Kobler den ehemaligen Staatspräsidenten (2000 bis 2010) der Republik Kroatien, Stjepan (Stipe) Mesić, für die diesjährige Festrede in Fürstenstein gewinnen. Begleitet wurde der ehemalige Staatspräsident von Botschafter Dr. Miro Kovač und Generalkonsul Vladimir Duvnjak.

Stjepan Mesić betonte, dass es für alle eine Herausforderung sei, der gegenwärtigen Krise der Europäischen Union mittels langfristiger Maßnahmen zu begegnen und auch das

europäische Fundament durch Visionen zu stärken. Er erinnerte an die Unterstützung Deutschlands, insbesondere Bayerns, beim Kampf um die staatliche Existenz Kroatiens.

Die Beitrittsverhandlungen der EU mit dem baldigen Neumitglied Kroatien bezeichnete er als hart, aber erfolgreich. Die Umsetzung der europäischen Idee, welche sich in Gemeinsamkeit bei voller Gleichstellung sowie dem Reichtum der Verschiedenheit ausdrücke (Einheit in Vielfalt), werde durch immer noch vorhandene Nationalismen ausgebremst. Der ehemalige Staatspräsident stellte fest, dass es zu einem föderativen Europa keine Alternative gebe und Kroatien sich als Vollmitglied für die Rückkehr der Europäischen Union zu ihren ursprünglichen und wahren Werten, auf deren Basis sie gegründet wurde, stark machen werde.

Schließlich betonte Stjepan Mesić, dass die Europäische Union eine Gemeinschaft von Staaten bilde, die sich als ebenbürtiger Partner der übrigen Kontinente präsentieren könne und müsse, indem sie ihre Interessen endlich gemeinsam umsetze. Kroatien will in dieser Gemeinschaft seiner Rolle gerecht werden, und dazu beitragen, dem Jahrtausendprojekt der Vereinigung Europas den letzten Schliff zu geben.



Staatsministerin Emilia Müller hob die guten Beziehungen Bayerns zu Kroatien hervor und bekannte sich zu einer Politik mit „Wachstum“, ohne neue Schulden zu generieren. Vor der wachsenden Euroskepsis warnte auch Manfred Weber, MdEP, und stellte die EU als Schicksalsgemeinschaft heraus.

Die Kreismusikschule Passau sorgte für die musikalische Umrahmung und als besonderes Highlight stellte sich die kroatisch-burgenländische Tamburizza-Gruppe heraus, die mit ihrer Musik die Herzen der Gäste eroberte. ★

**KV Landshut
In Freundschaft verbunden
Europa-Union stiftet Siegerpokal für Fußballturnier der Landshuter Städtepartnerschaften**

Die Städtepartnerschaften Landshut-Compiègne (50 Jahre), Landshut-Schio (30 Jahre) und Landshut-Hermannstadt (10 Jahre) hatten Anlass, ihre Jubiläen in Landshut zu feiern.

Im Rahmen der Feierlichkeiten des Dreifachjubiläums fand auch ein Jugendfußballturnier der vier Partnerschaftsstädte statt. Den vom Kreisverband der Europa-Union gestifteten Siegerpokal errang die rumänische Mannschaft CSU Vointa aus Hermannstadt (Sibiu).

Die Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Bayern unterstützten das Vier-Länder-Turnier ebenfalls. Preise.



Der Kreisvorsitzende der Europa-Union Landshut, Anton Freiherr von Cetto, überreichte der siegreichen Mannschaft den Siegerpokal, der nun als Symbol der bayerisch-rumänischen Städtepartnerschaft eine neue Heimat in Rumänien gefunden hat. ★

KV Straubing-Bogen

Ergebnis der Neuwahlen

Kreisvorsitzende:
Christine Sporrer-Dorner
stv. Kreisvorsitzender:
Rudolf Lichtinger
Schatzmeister:
Max Löw
Beisitzer: Roland Dorner, Helmut Lang

BEZIRKSVERBAND UNTERFRANKEN

Ergebnis der Neuwahlen

Bezirksvorsitzender:
Hans Dieter Scherpf (KV Hammelburg)
stv. Bezirksvorsitzende:
Anton Halbich (KV Würzburg), Christiane Fenn (KV Schweinfurt), Edgar Schuck (KV Schweinfurt)
Schatzmeister:
Dieter Lotze (KV Hammelburg)
Geschäftsführer:
Josef Schellenberger (KV Hammelburg)

**KV Hammelburg
Die Eurozone in der Krise – Droht der Zusammenbruch der Währungsunion?**

Die Euro Frage ist von historischer Bedeutung für Europa und für Deutschland war der Tenor des Referates des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Bad Kissingen, Roland Friedrich. Wir haben keine Euro-Krise sondern in erster Linie eine Staatsschuldenkrise die aus einer vorhergehenden Finanzkrise resultiert. In einer Präsentation machte er die Entwicklung der Staatsverschuldung in der Welt deutlich. Die Bankenkrise, die ausgehend von den USA, durch die Insolvenz von Lehman Brothers verursacht wurde, hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Eurozone. Friedrich erklärte die vorgesehenen Mechanismen die zur Behebung der Krise notwendig seien. „Rettungsschirm“ sei die umgangssprachliche Bezeichnung für die Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Stabilisierung der EURO-Zone und steht damit auch für den noch in Kraft zu setzenden Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt.

Der Rettungsschirm wurde 2010 ins Leben gerufen, um einem in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Euro-Mitglied finanziell unter die Arme zu greifen. Vom Euro profitiere Deutschland wie kein anderes Land in Europa. Millionen von Arbeitsplätzen, unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit hängen wesentlich von den Exportchancen ab, die uns die Gemeinschaftswährung bietet. Deutsche Firmen exportieren mehr als 40 Prozent ihrer Ausfuhren in Länder der Eurozone – ganz ohne Währungsrisiko, ohne komplizierte Wechselkurse. „Hätten wir noch die D-Mark, wäre ihr Kurs in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit gestiegen – und die deutschen Exporte wären damit teurer geworden.“ Dazu kommt eine beachtliche Preisstabilität: Die Inflation sank seit der Einführung des Euro auf durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr – deutlich weniger als zu DM Zeiten, als sie im Schnitt bei 2,1 Prozent lag. Auch wenn die Preise aktuell stärker steigen – dank des Euro bleibt die Inflation momentan moderat. Die Schuldenkrise im Euroraum zu bewältigen und die Finanzstabilität zu sichern ist deshalb in unserem ureigensten Interesse. Die Solidarität, die wir mit anderen Euroländern üben, zahlt sich für uns aus. Man muss den verschuldeten Südstaaten beim Aufbau ihrer Wirtschaft helfen, wieder von sich aus auf die Beine zu kommen. Um weitere Krisen zu vermeiden und mehr Eigenverantwortung der Euroländer zu schaffen, wurde die größte Reform des Euro seit der Einführung durchgesetzt: Künftig

müssen die Euroländer wirtschaftlich und finanzpolitisch enger zusammenarbeiten. In der Diskussion wurde wieder die Frage gestellt: Warum Griechenland in die Euro – Zone aufgenommen wurde, obwohl die Glaubwürdigkeit der vorhandenen Daten infrage gestellt wurde. Bei der Aufnahme waren eher politische Erwägungen als ökonomische Fakten ausschlaggebend, sagte Friedrich.

Es müssten die richtigen Regeln endlich angewendet werden, denn Geld alleine löse die Probleme in Europa nicht. Nicht nur die Länder der Peripherie, auch Deutschland muss alles tun, um seine Staatsverschuldung zu bekämpfen. Es gäbe auch eine Verpflichtung gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern, die zu Recht darauf vertrauen, dass die geltende Währung als wichtiger Pfeiler des Wohlstands stabil bleibe. ☆

BEZIRKSVERBAND OBERFRANKEN

Wer rettet Europa in der Krise, die gewählte Volksvertretung oder die Regierungschefs?

Auf Einladung von Rainer Taubert, dem Vorsitzenden des Bezirksverbands der Europa-Union Oberfranken, sprach Jochen Kubosch, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in München.

Ziel der Europäischen Kommission sei die Steigerung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Die Kommission, sachverständig und keinen Weisungen unterworfen, verkörpert das Europa der Experten. Vieles von dem, was sie vorschlägt, regelt und ausführt, beeinflusst den Alltag der Bürger. Unter anderem gehöre dazu auch, die „Europafähigkeit“ der Medien zu fördern; aber auch die Weiterbildung der Lehrkräfte, um die Schularbeit bezüglich Europas effektiver zu gestalten. Der 14. Mai 2012 sei deshalb als Europatag an den Bildungseinrichtungen ausgeschrieben. Eine Aufwärtsbewegung von den römischen Verträgen über das Schengen-Abkommen 1985, die deutsche Wiedervereinigung bis Maastricht 1993 kam jetzt scheinbar zum Stillstand, ja es drohe sogar der Zerfall der Solidarität der europäischen Idee. Grund sei, dass alle Staaten der EU hoch verschuldet seien. Das Vertrauen der Banken und Länder schwinde wegen der Sorge, ob das geliehene oder verbürgte Geld wieder zurückkomme. Ausführlich zeigte der Referent die Ziele der Verträge von Lissabon auf, darunter unter anderem die Förderung des Friedens, die Schaffung eines Binnenmarktes mit freiem

und unverfälschtem Wettbewerb, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, soziale Marktwirtschaft, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, weltweite Beseitigung der Armut, Förderung des Völkerrechts.

Die Aufgabe des IWF bestehe darin, durch zwischenstaatliche Kooperation der Mitgliedsländer dafür zu sorgen, dass der internationale Markt stabil bleibe. Durch das Mittel der Überwachung solle verhindert werden, dass einzelne Länder den Wechselkurs ihrer jeweiligen Währung in die Höhe treiben und so einen unkomplizierten Ablauf des Handels auf den Weltmärkten im Wege stehen würden. Gelder die vom IWF ausgegeben werden, seien zweckgebunden, so dass Sicherheiten gewährleistet seien. Ein Stück der nationalen Souveränität werde damit abgegeben. Der Rettungsschirm für Griechenland ist bis 2013 befristet.

Ein weiteres Instrument sei der europäische Stabilitätspakt. Ohne feste Regeln gebe es keinen harten Euro. Damit die EU nicht zur Transferunion wird, müssen Sanktionen vereinbart werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt fordert im Wesentlichen, dass im Zusammenhang mit dem Euro die Mitgliedsstaaten in wirtschaftlich normalen Zeiten einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt, sowie eine Begrenzung ihrer öffentlichen Verschuldung beachten. Verträge seien zu ergänzen, verpflichtend Schuldenbremsen einzubauen. Unerlässlich sei es, die Wirtschaftspolitik zu koordinieren. Auch deshalb müssen Souveränitätsrechte übertragen werden, damit neue Jobs generiert, Gewinne erwirtschaftet werden können, um Schulden abzutragen. Nur so könne Wettbewerbsfähigkeit gelingen.

Der Fiskalvertrag sieht vor, dass alle Eurostaaten Schuldenbremsen einführen und Defizitsünder verklagt werden können. Nur wer den Fiskalpakt umsetzt, darf später auf die Hilfe des dauerhaften europäischen Rettungsschirms ESM hoffen. Des Öfteren wurden „Rote Linien“ verschoben oder übertreten von Finanzminister Schäuble und Ministerpräsident Seehofer; dies zeigt aber nur, dass tatsächlich die BRD in Griechenland hineinregiere. In der anschließenden Diskussion, geleitet von Rainer Taubert, wurden ausgiebig die Auswirkungen der Entscheidungen der europäischen Institutionen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger erörtert. Unter anderem in der kommunikativen Technik, dem Fahrzeugmarkt, dem Flugzeugbau und anderes. ☆

AUSZEICHNUNGEN

Max Wratschgo, Ehrenpräsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreichs, und vielen Aktiven als guter Freund und Initiator der jährlichen Feldbacher Gespräche bekannt, wurde am 16. Mai 2012 mit der Medaille für besondere Verdienste um Bayern in einem vereinten Europa geehrt.

Damit würdigte die Bayerische Staatsregierung die jahrzehntelange erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Europa-Union Bayern.

HINWEISE - IN EIGENER SACHE

Sommerakademie der Europa-Union Deutschland

Der Bundesverband führt vom 7. bis 9. September 2012 eine Sommerakademie an der Universität Bremen durch. Themen sind u. a. Bürger- und Wahlrechte in der EU sowie Ideen für eine Reform der Europa-Pädagogik in der schulischen und außerschulischen Bildung. Darüber hinaus wird es einen Workshop zu Mitgliederservice, Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising geben. (Anmeldung über die Bundesgeschäftsstelle Berlin)

58. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland

Der Bundeskongress 2012 findet am 27. und 28. Oktober 2012 in Düsseldorf statt. Die Delegierten werden rechtzeitig von Bundes- und Landesgeschäftsstelle informiert.

62. Landesversammlung der Europa-Union Bayern

Die Landesversammlung wird im kommenden Jahr am 26. und 27. April 2013 in Lichtenfels (Ofr.) stattfinden.

IMPRESSUM



Herausgeber:
 Europa-Union Bayern e.V.
 Oberanger 32, 80331 München
 Tel.: (089) 260 34 75
 Fax: (089) 260 37 50
 E-Mail: buero@eu-bayern.de
 Internet: www.eu-bayern.de

Redaktion (v.i.S.d.P.):
 Anton Freiherr von Cetto, Walter Brinkmann, Rainer Taubert

Grafiken, Layout und Satz:
 Johannes Lindinger M.A.

Druck:
 Lindnerdruck, 86899 Landsberg am Lech